

Alexander Wendt, einer der luzidesten Blog-Betreiber und ehemaliger Redakteur bei FOCUS, im Februar 2020 zu einem ‚interessanten' Thema...

Alexander Wendt (*1966 in Leipzig)

NS-Leute in der DDR auf hohen Posten

Bürgerliche Politiker unterschätzen oder verstehen gar nicht erst, dass die taktische Wendigkeit auf Seiten der Linken schon immer größer war als auf ihrer eigenen. Gerade politische Kräfte, die weitgesteckte Ziele verfolgen und in dem Bewusstsein handeln, ihren Auftrag aus der Geschichte zu beziehen, können sich in taktischen Dingen flexibel verhalten. Das gilt in der Gegenwart, und das galt auch schon in weit zurückliegenden Zeiten.

Als die Partei, zu der Bodo Ramelow gehört, noch SED hieß, bewies sie eine erstaunliche Unempfindlichkeit, wenn es darum ging, sich in ihrem Kurs auch von notdürftig gereinigten Nazis unterstützen zu lassen. Für Kader des Dritten Reichs, die in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945 umschwenkten, gründeten die sowjetischen Verwalter eine eigene Blockpartei, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, NDPD. Darin machte beispielsweise Wilhelm Adam Karriere, Mitglied der SA, Träger des Blutordens, dann, in der NDPD, 1950 bis 52 sächsischer Finanzminister. Danach baute er als Oberst die Kasernierte Volkspolizei auf, den Vorläufer der NVA.

Der frühere NS-Gaustudentenführer Thüringens Siegfried Dallmann führte bis 1989 die NDPD-Fraktion in der DDR-Volkskammer. Egbert von Frankenberg und Proschlitz, alter Kämpfer der NSDAP mit Eintrittsdatum 1931, Mitglied der SS und der Legion Condor, wurde als NDPD-Kader militärpolitischer Kommentator des DDR-Rundfunks; dem Hauptausschuss der NDPD gehörte er bis 1989 an.

Derartige Karrieren finden sich auch reichlich in der SED, nicht nur in ihrer Hilfstruppe. Ernst Großmann etwa, ehemaliger Unterscharführer der SS und Wachmann im KZ Sachsenhausen, stieg in das ZK der SED auf, wo er 1959 zwar wieder entfernt wurde – aber in der Partei durfte er bleiben. Der Jurist Ernst Melsheimer, Landgerichtsdirektor ab 1933, Berliner Kammergerichtsrat ab 1937, Mitglied im Nationalen Rechtswahrerbund, Träger der Treuemedaille des Führers, vorgeschlagen als Reichsgerichtsrat 1944 (die Stelle konnte er nicht mehr antreten), wurde 1949 als SED-Genosse Generalstaatsanwalt der DDR, wo er etliche Todesurteile durchsetzte. Melsheimers Urne – er starb 1960 – liegt bis heute in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin.

Erich Hans Apel, einer der wichtigsten Männer im Entwicklungsteam für die V2 und technischer Leiter der Peterbau GmbH, die im KZ Dora-Mittelbau die V2-Raketen produzierte, stieg zum Chef der zentralen DDR-Plankommission auf. Apel endete 1965 durch Kopfschuss in seinem Büro, offiziell wurde sein Tod zum Suizid erklärt. Möglicherweise stimmte das, möglicherweise nicht, denn Apel war über einen Handelsvertrag mit der Sowjetunion in Opposition zu Walter Ulbricht geraten. Seine Genossen kannten jedenfalls Apels NS-Vergangenheit, und sahen sie nicht als hinderlich an.

Das galt auch für andere Bereiche, etwa den der Kultur. Der Autor Erwin Strittmatter wurde 1959 Erster Sekretär des DDR-Schriftstellerverbandes. Um seine Vergangenheit als Mitglied des SS-Polizeiregiments 18, das ab 1943 in Griechenland Vergeltungseinsätze gegen die Zivilbevölkerung durchführte, wussten die Funktionäre der SED, störten sich aber nicht daran. Strittmatter bewies seine Loyalität, er arbeitete als Informant für die Staatssicherheit, als Autor befürwortete er die Ausbürgerung von Wolf Biermann und den Ausschluss Reiner Kunzes aus dem DDR-Schriftstellerverband.

Aus der DDR und sogar noch aus früheren Zeiten stammte auch der frei flottierende Faschismusbegriff, der nicht den historischen Faschismus beziehungsweise Nationalsozialismus meinte, sondern immer nur als propagandistisches Instrument diente. Schon ab den später zwanziger Jahren bekämpfte die Kommunistische Partei die SPD unter der Parole des „Sozialfaschismus" – die historische Erinnerung daran scheint heute bei führenden SPD-Politiken vollständig gelöscht zu sein.

In der DDR kam es zu der bizarren Konstellation, dass der frühere NS-Jurist Ernst Melsheimer 1956 den Verleger Walter Janka wegen „konterrevolutionärer Verschwörung" anklagte. Der Kommunist Janka hatte in der NS-Zeit im KZ gesessen und war später Kämpfer der Interbrigadisten in Spanien. Ihm nützte seine kommunistische Mustervita genau so wenig, als er in Opposition zur SED-Führung geriet, wie Melsheimer seine Musterkarriere im Dritten Reich unter den neuen Verhältnissen schadete.

Der willkürliche und entkernte Faschismusbegriff diente der SED zum moralischen Schutz gegen alle Anfechtungen. Bekanntlich ordnete die Nomenklatura, zu der, siehe oben, etliche frühere NSDAP-Kader gehörten, den Arbeiteraufstand des 17. Juni 1953 als „faschistischen Putsch" ein, und den Bau der Mauer 1961 als „antifaschistischen Schutzwall".

Wegen dieser völlig beliebigen Verwendung der Vokabeln „faschistisch" und „antifaschistisch" dringt die Antifa-Rhetorik – zur Verwunderung vieler westdeutscher Politiker und Journalisten – bis heute in Ostdeutschland deutlich weniger durch als im Westen, denn vielen älteren Ostdeutschen kommt die Methode der moralischen Erpressung noch bestens bekannt vor.

Mancher wird hier einwenden, der Blick auf die „Sozialfaschismus"-Keule der KPD und die Kaderpolitik der SED ginge doch etwas weit zurück in die Vergangenheit. Was hat das mit dem Thüringen-Beben heute zu tun? Mehr, als es im ersten Moment scheint. Zum einen beherrscht der beliebige, frei flottierende Faschismusbegriff der SED heute wieder die Szene. Wenn die SPD am Willy-Brand-Haus als Reaktion auf die Thüringer Ereignisse das Transparent aufhängt: „Seit 156 Jahren: kein Fußbreit dem Faschismus. SPD", dann verlegt sie mal eben den Faschismus respektive Nationalsozialismus ins deutsche Kaiserreich – um ihn von dort gleich wieder nach Thüringen 2020 zu beamen. Ohne uns und Bodo Ramelow, so die Botschaft, zögen Höckes Horden morgen mit Fackeln durchs Brandenburger Tor.

In Deutschland bildet Geschichte, anders, als es die Epochenbrüche vermuten lassen, einen soliden langen Strang. Immer wieder öffnen sich Kanäle für tiefe Rückblenden und Rückgriffe. In der Talkshow zu Thüringen und den Folgen bei Anne Will sagte Wirtschaftsminister Peter Altmaier erstaunlicherweise: *„Teile meiner Partei [haben] leider Gottes […] für Adolf Hitler und sein Ermächtigungsgesetz gestimmt“*. Da es 1933 noch keine CDU gab, meinte er offenbar Reichstagsabgeordnete, die im Januar 1933 dem Ermächtigungsgesetz zustimmten und später CDU-Mitglied wurden.

Eine kritische Beschäftigung mit der eigenen Geschichte ist nie falsch; tatsächlich war das Bündnis der Konservativen mit der NSDAP 1933 ein katastrophaler Orientierungsverlust. Nur scheint einem Peter Altmaier und auch anderen Unionsabgeordneten gar nicht aufzufallen, dass sich vor allem die Linkspartei nie annähernd so skrupulös mit der eigenen Vergangenheit beschäftigt, sondern sie im Gegenteil – hier passt das Wort – ruchlos weiterführt.

Der Satz: ‚in meiner Partei saßen auch ehemalige Mitglieder der NSDAP und der SS' käme einem Bodo Ramelow nie über die Lippen, obwohl er, siehe oben, historisch richtig wäre. Denn die SED, in der ein Melsheimer, ein Großmann und viele andere saßen, ist rechtlich identisch mit der heutigen Linkspartei. Ramelow möchte bis jetzt bekanntlich die DDR noch nicht einmal einen Unrechtsstaat nennen. Der Übergang von einer Diktatur in die andere nach 1945 bildet ein ganz eigenes und noch weitaus besser beschwiegenes Kapitel. Darüber zu schweigen ist Linkspartei-Politikern noch wichtiger, als die Mauertoten als irgendwie tragische Opfer schwieriger Zeiten beiseitezuschieben.

Die Erzählung von der antifaschistischen DDR und der Bundesrepublik als Staat der alten Nazis steht bis heute auch in der Bundesrepublik bombenfest. Nicht zuletzt aus dieser Begriffspolitik ziehen die Linkspartei und ihre Fellow Travelers bis heute ihre moralische Überlegenheit. Jeder Linkspartei-Politiker kann darauf zurückgreifen, wenn er von der CDU, der FDP und überhaupt allen Bürgerlichen zum tausendsten Mal das antifaschistische Bekenntnis abfordert – meist in Gestalt der Zustimmung zu einer linken Agenda. Umgekehrt maßregelte ARD-Chefredakteur Rainald Becker vor kurzem alle, die gelegentlich noch an die Historie der Linkspartei erinnern:

„Wer nach 30 Jahren Einheit die Linke immer noch als ‚SED-Erben' bezeichnet, hat nichts verstanden und gelernt.“

Die Linkspartei ist noch nicht einmal ‚SED-Erbe', sondern die Fortsetzung der SED unter einem mehrfach geänderten Namen. Und zwar nicht nur formal, sondern, wie jeder an der Berliner Mietendeckel- und Enteignungspolitik verfolgen kann, auch politisch.

Bürgerliche Politiker in Deutschland sind auch wegen ihrer geschichtspolitischen Indolenz so schwach in der Auseinandersetzung mit Angreifern von links. Sie lassen sich ernsthaft von Linkspartei-Politikern öffentlich wie Prüflinge immer wieder auf ihre demokratische Reife abfragen, ihrerseits fragen sie selten bis nie zurück. Bürgerliche schneiden in Deutschland zwar bei Wahlen besser ab als Linke, meist jedenfalls. In der begriffspolitischen Auseinandersetzung machen Linke dieses Ergebnis nicht nur wett, sie drehen es um, indem sie es schaffen, alle Nichtlinken unter einen ständigen Rechtfertigungsdruck zu setzen.

Der Historiker Heinrich August Winkler, 81, warnte vor kurzem davor, mit Begriffen wie „faschistisch“ und „Faschismus“ um sich zu werfen wie mit Kamellen; er wies darauf hin, dass die AfD in Thüringen nicht der NSDAP ähneln würde, sondern allenfalls der Deutschnationalen Volkspartei von Alfred Hugenberg (allerdings ohne Hugenbergs Presseimperium). Aber selbst jüngere Politiker bürgerlicher Parteien – die vermutlich gar nicht wissen, wer Hugenberg und die DNVP waren – übernehmen mittlerweile den antihistorischen Faschismus-Begriff, etwa der FDP-Abgeordnete Alexander Lambsdorff.

Schleswig-Holsteins CDU-Wissenschaftsministerin Karin Prien, Bodo Ramelow sei im Vergleich zu Björn Höcke *„das kleinere Übel“* – so, als müsste sich die CDU in Thüringen jetzt entscheiden, entweder Ramelow oder Höcke zum Ministerpräsidenten zu wählen. Mit solchen Sprüchen redet sich die CDU, ehemals Partei von Adenauer und Kohl, klein und dumm. Sie definiert ihre eigenen Inhalte nicht mehr, sie weiß nichts mehr über die eigenen historischen Wurzeln und die der anderen Parteien, sie saugt die Rhetorik der Linken ein, weil in ihrem eigenen Inneren schon länger ein intellektueller Unterdruck herrscht.

Von der taktischen Flexibilität einer Saskia Esken könnten CDU- und FDP-Politiker etwas lernen. Wenn es angeblich gar nicht darauf ankommt, ob jemand mit AfD-Stimmen gewählt wird, sondern auf die Substanz des Gewählten, dann hätte die Union nach Eskenscher Logik sogar die Chance, eigene bürgerliche Punkte zu formulieren, um dann von der SPD Zustimmung zu fordern (respektive den Grünen). Anderenfalls, so könnte sie drohen, frage man eben bei der AfD. Eine Steuersenkung und eine bessere Migrationspolitik würden ja nicht dadurch falsch, wenn sie mit den Stimmen der AfD zustande kämen. Und wenn SPD und Grüne das unbedingt verhindern wollten, dann müssten sie eben die Stimmen liefern.

So würden bürgerliche Politiker verfahren, wenn sie einen Schuss linker Abgebrühtheit besäßen. Taktisch könnten sie sich von einer Saskia Esken und einem Bodo Ramelow ein paar Dinge abschauen.

* * * * * * *